Sozialfälle und der Fall des Sozialen

Autor(en): **Ackermann, Ewald**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **85 (1993)**

Heft 4

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Sozialfälle und der Fall des Sozialen

Sozialpolitik muss sich auch und gerade in der Krise bewähren. Sie hat, sie hätte mehr zu sein als eine Versicherung, die nur funktionieren kann, wenn die Wirtschaft eine langanhaltende Schönwetterlage kennt. Jede schweizerische Armutsstudie aber, auch aus den wirtschaftlichen Boomjahren, meldet Quoten von 15 bis 25 Prozent von Armen. Da offenbart sich zweierlei. Ein Wirtschaftssystem, das sich des triumphalen Sieges über alle Alternativen rühmt, kann seinen Auftrag, Reichtum breit zu streuen, nicht erfüllen. Ein Sozialsystem kann seinen Auftrag, die aus der primären wirtschaftlichen Verteilung resultierenden Ungerechtigkeiten wenigstens teilweise zu korrigieren, nicht (mehr) erfüllen. Wenn nun die Krise die Ungerechtigkeiten der ersten Verteilung noch verschärft, dann müsste via Sozialpolitik die zweite Verteilung um so mehr Mittel umverlagern. Gerade das Gegenteil haben sich die Deregulierer auf ihre Fahnen geschrieben. Allmächtig wiegt da der Glaube an individuelle Konkurrenz und ungezügelte Gewinnlust. Diese werden nach wie vor – und mit wieviel Leugnung der Wirklichkeit – als Mittel gepriesen, das in seinem Schlepptau Wohlstand für die meisten sichere. Und wer dennoch durch die Maschen des Netzes fällt? Ausblenden. Oder: ist eben ein Sozialfall, darf ja bei der Fürsorge anklopfen.

Bei allen Differenzen, die in den folgenden Texten sichtbar sein werden, weil wir nicht nur AutorInnen eingeladen haben, die die Lehrmeinung des SGB widerkäuen, liegt doch ein Grundsatz gemeinsam: dass Sozialpolitik im Widerspruch zu den Deregulierern von rechts eine Korrektur, nicht eine Verlängerung der wirtschaftlichen Werte von Gewinn und Ausgrenzung zu sein hat.

Béatrice Despland sagt es deutlich: der parzellierte Blick auf jeweils bloss ein Feld der Sozialpolitik führt zur Propagierung von Massnahmen, die sich für die soziale Wohlfahrt insgesamt als Bumerang erweisen. Wieso gibt es kaum bürgerliche Ansätze, die über das Segmentierte hinausreichen? – Weil dann die Rolle von Sozialpolitik festzulegen wäre. Wer will da schon zugeben, dass seine Konzeption von Sozialpolitik in einem Moment, wo die gesellschaftliche Ausgrenzung auf Hochtouren läuft, zu wenig garantieren will, um würdig zu überleben.

Mit Spannung erwarten wir deshalb das von Béatrice Despland in Aussicht gestellte umfassende Konzept des SGB. Ihm müsste die Erkenntnis zugrunde liegen, dass unsere Neunzehntel-Gesellschaft langsam auf eine Zwei-Drittel-Gesellschaft zusteuert. Einmal gesetzt, dass gewerkschaftliche Sozialpolitik immer eine Gesellschaft visiert, in der möglichst alle würdig leben können, wird sich die politische Frage stellen, ob eine Koalition des Mittelstandes mit der Unterschicht gegen «oben» gelingt. Gelingt diese Koalition nicht, dann erleben wir die korrigierte und viel gefährlichere Version der sozialen Verelendung: 10 Prozent Reichen stehen nicht 90 Prozent Verarmte, sondern 75 Prozent Deregulierungsgewinnern und -duldern stehen 25 Prozent Ausgegrenzte gegenüber. Sozialpolitik expandiert dann in die Aufstockung einer Sozialpolizei, die den Sozialfällen Milchsuppe kocht und aufmüpfige Regungen zu ersticken hat. André Gorz weist seit Jahren mit empirischen Belegen auf diese Gefahr hin.

Aber die eigentlichen Sozialfälle sind die, die den Fall des Sozialen anstreben.

Ewald Ackermann